

Wie weiter mit dem Aufbau Ost?

Gewerkschaftliche Positionen
zur wirtschaftlichen und sozialen
Entwicklung in Ostdeutschland

Impressum

Herausgeber:
DGB Bundesvorstand
Bereich Struktur- und Regionalpolitik
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
www.dgb.de

verantwortlich:
Claus Matecki, VB 05

erarbeitet von:
Dr. Christel Degen

Redaktion:
Sandra Stark

Druck:
PrintNetwork pn GmbH

Stand:
Oktober 2009

Rückfragen an:
Sandra Stark
030 / 240 60 – 244
sandra.stark@dgb.de

Hinweis:
Bestellungen von Broschüren und Materialien des DGB bitte nur über den Online Bestellservice:
www.dgb-bestellservice.de

Bestellungen für Besteller/innen ohne Zugang zum Internet bitte nur schriftlich an:
PrintNetwork pn GmbH · Stralauer Platz 33 – 34 · 10243 Berlin

Inhalt

Vorwort	Seite 04
1. Mit sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft die Krise überwinden	Seite 07
2. Abwanderung verhindern – Die regionalpolitische Dimension der Fachkräfteentwicklung	Seite 10
3. Für „Gute Arbeit“ muss ein fairer Lohn gezahlt werden!	Seite 12
4. Arm trotz Arbeit – prekäre Beschäftigung ist keine Lösung	Seite 14
5. Der Staat muss beim Prinzip „Gute Arbeit“ voran gehen	Seite 17
6. Ökologische und soziale Strukturpolitik muss zur Schaffung „Guter Arbeit“ beitragen	Seite 18
7. EU-Strukturpolitik „Gute Arbeit“ fördern –Transparenz schaffen	Seite 23

Vorwort



Vor zwanzig Jahren, im Herbst 1989, schafften die Bürgerinnen und Bürger in der DDR mit ihrem mutigen politischen Handeln die Voraussetzungen für die deutsche Vereinigung. Der Aufruf der Bürgerbewegung Neues Forum, eine „Plattform für alle“ zu bilden, diente vielen als Kristallisationspunkt für den Aufbruch 1989. Das Neue Forum forderte, die unerträglich gewordene Sprachlosigkeit zwischen Partei- und Staatsführung und der Bevölkerung zu überwinden. Die Menschen schlossen sich zusammen, um gemeinsam für Freiheit und Demokratie zu kämpfen. Dies führte schließlich zum Sturz des DDR-Regimes und zum Fall der Mauer. Diese Ereignisse waren von herausragender historischer Bedeutung für ganz Deutschland.

Viele staatliche und gesellschaftliche Institutionen und Organisationen werden in diesem Jahr der damaligen Zeit gedenken, die Erfahrungen beim Aufbau der Demokratie reflektieren und an aktuellen Herausforderungen zur Stärkung der Demokratie und wirtschaftlichen Entwicklung arbeiten.

Für den DGB bleibt der Aufbau Ost auch in Zukunft eine vorrangige Aufgabe unserer Gesellschaft. Die neuen Bundesländer müssen ihre wirtschaftliche Kraft im europäischen Binnenmarkt weiter entwickeln. Der DGB setzt sich immer wieder für die soziale Einheit und die Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Deutschland ein. Wir fordern eine Politik, die ihren Gestaltungsauftrag ernst nimmt.

Die Bundesregierung weist in ihrem Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit 2009 darauf hin, dass immer noch spürbare wirtschaftliche Unterschiede zwischen Ost und West festzustellen sind. Die gesamtwirtschaftliche Leistung liegt erst bei rund 71 Prozent der alten Länder gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung. Ähnlich sieht es bei den gegenwärtigen durchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten im gewerblichen Bereich der ostdeutschen Wirtschaft aus. In der Angleichung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an das Westniveau liegt in den nächsten Jahren die wichtigste Herausforderung für den Aufbau Ost.

In Ostdeutschland haben sich in den letzten Jahren Potenziale und Stärken gebildet, aus denen sich Chancen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für die weitere Entwicklung der Wirtschaft ergeben. In einigen Regionen sind wirtschaftliche Zentren entstanden, die an die industriellen Traditionen Ostdeutschlands anknüpfen. Einzelne Regionen und Branchen haben sich auch im Vergleich zu den Regionen in den alten Bundesländern positiv entwickelt. Beispielgebend seien der Fahrzeugbau, die Optische Industrie und die Herstellung von Techniken zur Erzeugung von regenerativen Energien angeführt. Bis zur Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Industrie in Ostdeutschland stark gewachsen und zum

Träger des Beschäftigungsaufbaus geworden. So ist das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland in den vergangenen drei Jahren mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 7,5 % pro Jahr dynamisch gewachsen. Darüber hinaus gibt es Zukunftsbranchen, die ein hohes Wachstums- und Beschäftigungspotenzial besitzen wie beispielsweise die Mikroelektronik, die Gesundheitswirtschaft und die Solarindustrie. In einigen dieser Bereiche besteht jedoch noch ein erheblicher Nachholbedarf bei der betrieblichen Mitbestimmung.

Die hohe Arbeitslosigkeit, geringe Kaufkraft und sinkende öffentliche Ausgaben bilden weiterhin schwierige Rahmenbedingungen beim Aufbau Ost. Probleme bereiten auch der gegenüber Westdeutschland geringere Industriebesatz und die Rückstände bei Forschungs- und Entwicklungskapazitäten der Unternehmen. Die Konzernzentralen liegen zumeist im Westen der Republik.

Seit Herbst 2008 steht die Wirtschaft in Deutschland durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise vor der größten Herausforderung seit 80 Jahren. Während im Sommer 2008 aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung die registrierte Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland erfreulicherweise den niedrigsten Stand seit 1991 erreichte, sind nach dem konjunkturellen Absturz im Winterhalbjahr 2008/2009 die Auswirkungen der Krise auch in Ostdeutschland deutlich spürbar, wenn auch nicht so extrem, wie in Westdeutschland.

Die Folgen der Krise sind zwar wegen eines niedrigeren Exportanteils in Ostdeutschland geringer als in Westdeutschland, allerdings war die Arbeitslosigkeit bereits vor der Krise doppelt so hoch, wie im Westen. Auch in Ostdeutschland konnten durch die Nutzung der Kurzarbeit Massenentlassungen verhindert werden. Der Anteil am Kurzarbeitergeld in Ostdeutschland ist jedoch im Vergleich zu Westdeutschland sehr niedrig und liegt lediglich bei 10 Prozent. Nach Erkenntnissen des IAB federt in Ostdeutschland nicht nur die Kurzarbeit die Folgen der Wirtschaftskrise ab, sondern auch die Flexibilität von Teilzeitbeschäftigten. Die Ausbreitung von – in den neuen Bundesländern meist unfreiwilliger – Teilzeitarbeit ist jedoch Teil einer Niedriglohnstrategie.

Der DGB und die Gewerkschaften fordern für Ostdeutschland eine deutliche Abkehr von Niedriglohnstrategien! Viele Arbeitgeberverbände haben in den letzten Jahren systematisch eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung angeboten. Immer mehr Arbeitgeber haben sich dadurch aus dem Tarifgeschäft zurückgezogen. Der DGB fordert deshalb ein Abrücken von dieser Praxis. Wir fordern gleiche Löhne für gleiche Arbeit in Ost und West und als Einstieg einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 € pro Stunde als unterste Haltelinie. Der gesetzliche Mindestlohn belebt die regionalen Wirtschaftskreisläufe und stärkt den Binnenmarkt – das ist gerade angesichts der Wirtschaftskrise eine Notwendigkeit.

Die in Ostdeutschland gezahlten Niedriglöhne sind für die Abwanderung junger Fachkräfte mit verantwortlich und konterkarieren den Aufholprozess. Des Weiteren sind angemessene, auskömmliche und damit gerechte Löhne eine elementare Voraussetzung für das Funktionieren der sozialen Sicherungssysteme.

Ostdeutschland darf nicht dauerhaft von der Entwicklung Westdeutschlands abgekoppelt bleiben. Der bislang praktizierte transforgestützte Nachbau West droht zu scheitern, wenn gleichwertige Lebensbedingungen erst in Jahrzehnten erreicht werden sollen. Wir setzen auf eine innovationsgestützte, stärker an den endogenen Potenzialen ausgerichtete Wirtschafts- und Strukturpolitik. Eine solche Strategie setzt voraus, dass Lehren aus der aktuellen Krise gezogen werden und künftig soziale und gesellschaftspolitische Ziele Vorrang vor einer kapitalmarktgesteuerten, marktzentrierten Politik haben.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich in den Prozess des „Aufbau Ost“ eingebracht. Nicht zuletzt durch unsere Tarif- und Betriebspolitik, unser Engagement im Öffentlichen Dienst und in den Branchen und Regionen ist es gelungen, Betriebe anzuwerben, zu erhalten und eine zukunftssträchtige und beschäftigungsfördernde Struktur- und Regionalpolitik zu befördern. Damit haben wir wichtige Beiträge zur Angleichung der Lebensbedingungen zwischen Ost- und Westdeutschland geleistet.

In den folgenden Punkten erläutern wir, wie aus gewerkschaftlicher Sicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland vorangetrieben werden muss, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Politik der nächsten Jahre profitieren. Der DGB fordert alle politischen Kräfte auf, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns zu rücken. Unser Ziel ist und bleibt, dass die Menschen in Würde arbeiten und leben können und einen gerechten Anteil am erarbeiteten Wohlstand bekommen. Die Wirtschaft muss wieder für die Menschen da sein!

1. Mit sozial-ökologischem Umbau der Wirtschaft die Krise überwinden

2008 ist die registrierte Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland statistisch auf den niedrigsten Stand seit 16 Jahren gesunken, jedoch lag die Arbeitslosenquote mit 13,1 Prozent trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung immer noch doppelt so hoch wie in Westdeutschland (6,4 Prozent). 2007 war auch die Langzeitarbeitslosigkeit in den neuen Ländern erstmals spürbar gesunken. Dieser Trend setzte sich bis 2008 fort, jedoch bleibt der Anteil der Langzeitarbeitslosen in den neuen Ländern auf hohem Niveau. Die mit der anhaltenden Langzeitarbeitslosigkeit verbundene Perspektivlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt untergräbt nicht nur die Fundamente unseres Sozialstaates, sondern auch das Vertrauen der Menschen in den Gestaltungswillen und in die Gestaltungsfähigkeit der Politik. Wirtschaft und Politik müssen sich in demokratischen Gesellschaften am Gemeinwohl orientieren: Die internationale Finanzkrise zeigt wohin es führt, wenn dieser Grundsatz in Vergessenheit gerät.

DGB und Gewerkschaften haben bereits sehr früh ein Konjunkturpaket gefordert, Ziel war es durch Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur, zur energetischen Gebäudesanierung sowie mehr Ausgaben für Forschung und Bildung der in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise drohenden Arbeitslosigkeit aktiv entgegen zu wirken. Die Bundesregierung hat mit den beiden Konjunkturpaketen auf die krisenhafte Entwicklung reagiert, um eine rasche Überwindung des Konjunkturreinbruchs herbeizuführen und die Sicherung von Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Diese Maßnahmen kommen auch der Beschäftigung in Ostdeutschland zu Gute. Zur Antikrisenstrategie von DGB und Gewerkschaften gehörte auch die Ausweitung der Kurzarbeit mit der Möglichkeit, diese Phase zur Qualifizierung zu nutzen.

Nach der Ertragskrise darf es nicht zur Liquiditätskrise kommen. Jetzt kommt es darauf an, dass die Banken den Unternehmen die nötigen Spielräume einräumen, um Insolvenzen abzuwenden. Dazu stellt die Bundesregierung mit dem „Wirtschaftsfonds Deutschland“ Liquiditätshilfen in Höhe von 115 Mrd. Euro bereit. Die Unternehmen stehen vor der Aufgabe ihre Produktion auf die Anforderungen nach der Krise umzustellen.

Konjunkturpolitische Maßnahmen der Bundesregierung

2009	Einzelmaßnahmen	Betrag
1. Konjunkturpaket	Abschreibungserleichterungen, Verkehrsinvestitionen KfW-Programme, etc.	4,2 Mrd. Euro
2. Konjunkturpaket	Öffentliche Investitionen, Steuer- und Abgabensenkung, Kinderbonus, Umweltprämie, Förderung der Kurzarbeit	20,8 Mrd. Euro
Pendlerpauschale		5,5 Mrd. Euro
Summe		30,5 Mrd. Euro (1,2 % BIP)
Wachstumseffekt		0,5 %
Beschäftigungseffekt		250.000 Arbeitsplätze

Quelle: DGB-Stellungnahme vom 06.02.09, Bereich Wirtschafts- und Steuerpolitik

Kurzfristig ist eine massive Ausweitung der Konjunkturmaßnahmen gegen den Wachstumseinbruch erforderlich. Der DGB fordert daher ein Zukunftsinvestitionsprogramm von jährlich 100 Mrd. Euro, welches stärker als bisher an sozial-ökologische Kriterien orientiert ist. Öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit und Soziales müssen ausgebaut und der ökologische Umbau vorangetrieben werden. Nach unserem Verständnis gehören diese Investitionen in eine moderne Infrastruktur, die Forschung und Klimaschutz einbezieht zu den zentralen Aufgaben des Staates zum Erhalt der Attraktivität des Industriestandortes Deutschland. Mit der Verstetigung eines solchen Programms würde Deutschland langfristig wieder zu den EU-Ländern aufschließen, die einen deutlich höheren BIP-Anteil für die öffentliche Infrastruktur aufbringen.

Langfristig brauchen wir jedoch ein stärker binnenmarktorientiertes Wirtschaftsmodell, um unsere Exportabhängigkeit zu verringern. Zudem gehen Exporte häufig zu Lasten der Entwicklungschancen anderer Länder. Untrennbar verbunden mit der Stärkung der Binnennachfrage ist die Austrocknung des Niedriglohnssektors und die Stärkung der Tarifautonomie. Die Politik muss hier endlich das Heft des Handelns in die Hand nehmen und den Marktradikalen ihre Grenzen aufzeigen. In Ostdeutschland muss

künftig nicht auf Billiglohn, sondern auf Qualität der Arbeit, ein hohes Bildungsniveau sowie Maßnahmen für „Gute Arbeit“ gesetzt werden. Nur was „Gute Arbeit“ schafft ist sozial. Immer noch werden Unternehmen gefördert, die die Tarifverträge nicht einhalten, Dumpinglöhne zahlen oder arbeits- und sozialrechtliche Standards nicht einhalten. In der Wirtschaftsförderung muss die Qualität der Arbeit zum nachprüfbareren Kriterium werden.

„Gute Arbeit“ darf jedoch nicht nur auf die Kernbereiche der industriellen Produktion beschränkt werden. Mit Blick auf die skandinavischen Länder wird deutlich, dass ein gut ausgebauter Wohlfahrtsstaat in Krisenzeiten seine Überlegenheit zeigen kann, weil er die Binnennachfrage stärkt. Misst man die gängigen Indikatoren ökonomischen Erfolgs wie Wirtschaftswachstum, Geldwertstabilität und öffentliche Verschuldung, war das wohlfahrtsstaatliche Modell in Skandinavien bereits vor der Krise erfolgreicher als die neoliberalen Modelle in Großbritannien oder den USA. Durch eine andere Ausrichtung der Wirtschaftspolitik gerät der öffentliche Sektor in der Krise weniger unter Legitimationsdruck als beispielsweise in Deutschland. Der skandinavische Wohlfahrtsstaat ist nicht zuletzt deshalb wirtschaftlich erfolgreich, weil er die eigenständige Existenzsicherung von Frauen mit vergleichsweise „Guter Arbeit“ in der Versorgungsökonomie verknüpft.

Die Rolle, die der Sozialstaat bei der Stabilisierung der Wirtschaft spielen kann, ist in der deutschen Diskussion der vergangenen Jahre nicht nur ignoriert worden: Die Gegner des Sozialstaates haben seine Regulierungen sogar für die Arbeitsmarktprobleme verantwortlich gemacht.

Derzeit ist von der Renaissance des Staates die Rede. Aber welcher Staat ist gemeint? Wir wollen einen Sozialstaat, der den Ausbau sozialer Dienstleistungen als Produktivkraft erkennt. Die Attraktivität des Industriestandortes Deutschland hängt von öffentlichen Investitionen in Bildung und Forschung, in den Umweltschutz und eine moderne Infrastruktur ab. Der Staat kann als Investor soziale und ökologische Innovationen initiieren, bevor sie Marktreife erlangen – und er muss wieder eine Vorbildfunktion für „Gute Arbeit“ übernehmen.

2. Abwanderung verhindern – Die regionalpolitische Dimension der Fachkräfteentwicklung

Der DGB versteht den Aufbau Ost als dauerhaft selbsttragende Entwicklung. Regionen, die wirtschaftlich erfolgreich sein wollen, brauchen nichts so sehr wie die Menschen, die in ihnen leben. Regionaler Strukturwandel gelingt vor allem dann, wenn die verschiedenen regionalen Akteure gemeinsam an einem Leitbild und an Entwicklungskonzepten für ihre Region arbeiten und dabei ihr jeweils vorhandenes Wissen einbringen. Diese Wissenspotenziale gilt es gezielt einzusetzen, zu erhalten und weiterzuentwickeln. Nichts ist gefährlicher für eine Region als die Abwanderung qualifizierter Menschen, also kontinuierlicher „brain drain“, durch den Entwicklungspotenziale verloren gehen.

In vielen strukturschwachen Regionen insbesondere im Osten Deutschlands haben Entwicklungen dieser Art begonnen, die besorgniserregend sind. Sie führen zu einem gefährlichen Teufelskreis. Diese Prozesse müssen beim Aufbau Ost berücksichtigt werden. Die Abwanderung stellt die neuen Bundesländer vor soziale, demografische, finanzielle und wirtschaftliche Probleme. Jedes Jahr schrumpft die Bevölkerung der neuen Bundesländer durchschnittlich um 0,6 %.

Strukturschwache Regionen sind besonders stark vom Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) betroffen. Die geburtenschwachen Jahrgänge nach der Wende wachsen in das Beschäftigungsalter hinein, während eher stark besetzte Jahrgänge in die Rente gehen. Dieser Effekt wird durch die Abwanderung junger Menschen noch verstärkt. Für die Zahl der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren ist ein prozentualer Anstieg an der Gesamtbevölkerung zu erwarten.

Wegen sinkender Bevölkerungszahlen wird der Ausbau von Bildungsinfrastrukturen, angefangen bei Schulen, meist nicht mehr als vordringliche Aufgabe, sondern als Einsparpotenzial betrachtet. Damit schwinden immer mehr Möglichkeiten zur Qualifizierung und zum Erhalt von Humankapital und damit wird der Abwanderungstrend nur noch verstärkt. Mit der Stärkung der endogenen Potenziale mit neuen Lösungsansätzen, die in Regionalentwicklungskonzepten entstehen können, muss dieser Teufelskreis aufgebrochen werden. Nur über die stärkere Förderung von Wissen und Innovation können Arbeitsplätze gesichert und Standortvorteile erzeugt werden. Unternehmen in Ostdeutschland benötigen – besonders in KMU – altersgerechte Arbeitsbedingungen, eine echte Beteiligungskultur, eine bessere Personalplanung sowie Qualifizierungsmaßnahmen.

Die Stagnation im wirtschaftlichen Aufholprozess der neuen Länder konnte bei den innovativen, exportorientierten Branchen überwunden werden (bspw. Maschinenbau, Chemieindustrie, Fahrzeugbau). Hier liegen die Anknüpfungspunkte der künftigen Förderpolitik. Die Qualifizierung der Beschäftigten und Stär-

kung von FuE-Einrichtungen sollte branchenorientiert gefördert werden und die endogenen Potenziale berücksichtigen.

Darüber hinaus muss die Diskriminierung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen durch Niedriglöhne, geringen Arbeitsschutz und prekäre Beschäftigung Einhalt geboten werden. Durch „Gute Arbeit“ können regionale Bindungseffekte bei den Fachkräften erzielt werden und somit die Abwanderung in Gebiete mit besseren Arbeits- und Einkommensbedingungen verhindert werden. Dies stellt nicht zuletzt auch einen Standortvorteil für langfristig orientierte Investoren dar.

In Ostdeutschland sind der Bildungsbereich und insbesondere die ganztägigen Einrichtungen für Kinder aller Alterstufen weit besser ausgebaut als in Westdeutschland. Statt diesen enormen Standortvorteil, den inzwischen auch die Wirtschaftsförderung erkannt hat, zu erhalten, wird in Ostdeutschland jedoch öffentliche Beschäftigung gestrichen. Auch angesichts der massiven Steuerausfälle in Folge der Krise muss der Staat seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung nachkommen und die öffentliche Beschäftigung erhalten bzw. ausweiten. Dies wäre von Vorteil für den Arbeitsmarkt mit allen positiven Folgen für Bildung, die sozialen Sicherungssysteme, die regionale Kaufkraft und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Da die ostdeutsche Verkehrsinfrastruktur weitgehend erneuert wurde, sollte jetzt die Konzentration auf qualitative Standortmerkmale (Netzwerke, Forschung, Qualifizierung) gelegt werden. Es bleibt jedoch – nicht zuletzt für den Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Qualifizierungsmaßnahmen – wichtig, sicherzustellen, dass die Nahverkehrsanbindung im ländlichen Raum und in strukturschwachen Regionen erhalten bleibt.

3. Für „Gute Arbeit“ muss ein fairer Lohn gezahlt werden!

Beim Thema Mindestlohn stellen wir fest: „Jammern gehört zum Geschäft des guten Kaufmanns“, auch in Ostdeutschland. Dass dafür kein Grund gegeben ist, verdeutlicht eine Analyse des IWH: Im Jahr 2006 lagen die Renditen im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands mit 3,9 Prozent deutlich über dem westdeutschen Niveau mit 3,2 Prozent. Das ist auch ein Ergebnis der Förderung niedriger Löhne. Insbesondere junge, gut qualifizierte Frauen wissen, was ihre Arbeit wert ist und wandern ab.

Seit 1996 stagniert die Lohnangleichung Ost/West. Im Jahr 2008 wurden 77 Prozent der Westlöhne gezahlt. Für 40,1 Prozent der Beschäftigten werden Löhne unterhalb der Niedriglohnschwelle (9,19 Euro/Std.) gezahlt.¹

Im April 2009 wurde das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf sechs weitere Branchen ausgeweitet (Bergbauspezialarbeiten, Abfallwirtschaft, Großwäschereien, Wach- und Sicherheitsdienste, Berufliche Weiterbildung und Pflegedienste). Mittlerweile hat der Tarifausschuss für drei Branchen (Bergbauspezialarbeiten, Abfallwirtschaft, Großwäschereien) tarifliche Mindestlöhne auf Basis des Entsendegesetzes gebilligt; bei den Wach- und Sicherheitsdiensten und der Beruflichen Weiterbildung fand keine Einigung statt. Die Festlegung der Mindestlöhne für die Pflegedienste steht noch aus.

Branchenmindestlöhne sind ein wichtiger Schritt, reichen aber nicht aus. Der DGB fordert als unterste Haltelinie einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro pro Stunde als Einstieg dort, wo tarifliche Lösungen nicht greifen. In Ostdeutschland würden 27,4 Prozent der Beschäftigten von der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes in Höhe von 7,50 Euro profitieren². Mit unserer Forderung nach Mindestlöhnen stehen wir nicht alleine: Eine Umfrage von Infratest dimap im Vorfeld der Bundestagswahlen hat ergeben, dass 85 Prozent der Bevölkerung die Forderung nach gesetzlichen Mindestlöhnen unterstützt.

Es gilt der Grundsatz: Keine ungleiche Bezahlung für gleichwertige Tätigkeiten. Insbesondere in Ostdeutschland würde mit dem gesetzlichen Mindestlohn für viele Menschen das Lohnniveau deutlich verbessert werden. Da Menschen mit geringem Einkommen in der Regel keine finanziellen Rücklagen

¹ vgl. IAQ-Report 2009-05

² In Ostdeutschland würden laut IAT-Report 2006-06 1,5 Mio. ArbeitnehmerInnen vom Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro profitieren. Durch den gesetzlichen Mindestlohn in Höhe 7,50 Euro würde die Bruttolohnsumme bundesweit um rund 12 Mrd. Euro ansteigen

bilden können, wird die zusätzliche Lohnsumme auch direkt wieder als Kaufkraft in der Region verausgabt. Das kommt wiederum der regionalen Wirtschaft zu Gute.

Unternehmen im Niedriglohnbereich sind überwiegend regional ausgerichtet. Wenn Unternehmen die notwendigen Lohnsteigerungen durch höhere Preise kompensieren, so steht dem auch eine regional höhere Kaufkraft gegenüber. Der gesetzliche Mindestlohn belebt also die regionalen Wirtschaftskreisläufe und stärkt den Binnenmarkt. Wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, sind dagegen Niedriglohnstrategien für Ostdeutschland kein Erfolgsmodell. Im Gegenteil sie dämpfen die Binnenmarktnachfrage. Weiterhin hat sich gezeigt, dass niedrige Löhne nicht zu einem hohen Beschäftigungsniveau geführt haben. Höhere Löhne bieten zudem den besten Schutz vor (Alters-)armut.

Die Einkommensentwicklung ist sowohl maßgebend für die Bewertung des bislang erreichten Niveaus der Ost-West-Angleichung, als auch für die Chancen und Perspektiven der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den neuen Bundesländern. „Die Ost-West-Abstände in den Netto-Pro-Kopf-Haushaltseinkommen von rund einem Viertel zeigen, dass die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen und –chancen in Deutschland neben der bestimmenden vertikalen Einkommensdifferenzierung nach wie vor auch eine starke Ost-West Trennungslinie aufweisen. Diese wird noch durch die höheren Anteile der Niedriglohnempfänger und der Haushalte unterhalb der Armutsschwelle in Ostdeutschland verstärkt.“³

³ Ulrich Busch, Wolfgang Kühn, Klaus Steinitz (2008): Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland. Aktuelle Probleme im 20 Jahr der Einheit, S. 91

4. Arm trotz Arbeit – prekäre Beschäftigung ist keine Lösung

In den vergangenen Jahren wurden Niedriglohnstrategien als wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisches Erfolgsmodell gepriesen. Insbesondere in Ostdeutschland wurde Standortwerbung, mit der Unternehmen mit dem Argument, „billige Arbeitskräfte“ angelockt werden sollten, salonfähig. Eine wesentliche Ursache für die sprunghaft angestiegene prekäre Beschäftigung ist die Agenda 2010 mit den Hartz-Gesetzen. Leiharbeit, unfreiwillige Teilzeitarbeit, die sogenannten 1 Euro-Jobs und sogar unbezahlte Praktika sind zur Normalität geworden. Sie verursachen einen massiven Druck auf Beschäftigte und ihre Arbeitsbedingungen.

Hartz IV stellt weder für Beschäftigte noch für Arbeitslose eine menschenwürdige Grundsicherung dar. Vielmehr wird auf Beschäftigte und Arbeitssuchende Druck erzeugt, schlechte Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Hartz IV individualisiert das Risiko der Arbeitslosigkeit zum Armutrisiko. Viele Hartz IV-EmpfängerInnen und ihre Familien sind heute arm und morgen altersarm. Aus sozialpolitischen und konjunkturellen Gründen ist eine solide, armutsfeste Novellierung überfällig.

Arbeitslosigkeit verursacht hohe fiskalische gesellschaftliche Kosten. Wie Untersuchungen des IAB zeigen, rechnet sich aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Statt Druck auf Arbeitslose auszuüben, müssen Qualifizierungsanstrengungen erhöht werden – insbesondere für Un- und Angelernte um deren Arbeitslosenrisiko zu vermindern. Weiterbildungsmaßnahmen müssen wieder eine zentrale Rolle in der Arbeitsmarktpolitik spielen. Arbeitssuchende können nur dann vermittelt werden, wenn auch tatsächlich existenzsichernde Arbeitsplätze vorhanden sind. Dies ist gerade in Ostdeutschland nicht in ausreichendem Maße der Fall.

Leiharbeit, 1-Euro-Jobs sowie unfreiwillige Teilzeitarbeit und Unterbeschäftigung sind zum strukturpolitischen Problem geworden. Die Fragmentierung von Arbeit – die wesentlich mit dem Boom von Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung einherging – ist vor allem in den neuen Bundesländern so weit fortgeschritten, dass große Teile der Arbeitswelt davon bestimmt sind. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gingen 16 Prozent (4,9 Millionen Personen) aller abhängig Beschäftigten in ganz Deutschland im Jahr 2008 einer Teilzeitbeschäftigung mit einer Wochenarbeitszeit von maximal 20 Stunden nach. Doch während im früheren Bundesgebiet „nur“ 17 Prozent der Teilzeitbeschäftigten keine Vollzeitstelle gefunden haben, waren es in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) rund 65 Prozent der befragten Teilzeitbeschäftigten. Für die große Mehrheit der Betroffenen in Ostdeutschland ist Teilzeitarbeit mittlerweile die einzige berufliche Perspektive, wenn sie nicht in den Westen abwandern wollen. Die Ergebnisse einer Studie des Wissenschaftszentrum Berlin zeigen, dass viele TeilzeitarbeitnehmerInnen gern länger arbeiten würden.

Mit der Fragmentierung von Arbeit wurden und werden Löhne massiv gedrückt. Es zeigt sich, dass vor allem Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte überproportional von niedrig(st)en Löhnen betroffen sind. Mit der Segmentierung von Arbeit und dem Boom der Minijobs und anderer marginaler Teilzeitarbeitsverhältnisse wird die betriebliche und gewerkschaftliche Organisations- und Verhandlungsmacht geschwächt. Mitbestimmung und Kollektivverhandlungen werden erschwert.

Deutschland war lange für eine ausgeglichene Lohnstruktur bekannt, die Einkommensunterschiede waren relativ gering. Während jedoch der Niedriglohnanteil in den meisten EU-15 Ländern stagnierte oder abnahm, stieg er in Deutschland seit Mitte der 90er Jahre sogar an. Im Jahr 2000 lag der Anteil nach Angaben der Europäischen Kommission erstmals über dem EU-Durchschnitt.

Insbesondere die Einführung der Minijobs war in den letzten Jahren eine wichtige Triebfeder für die weitere Ausweitung der Niedriglohnbeschäftigung. Mit der Aufhebung der Begrenzung der Wochenstundenzahl auf 15 Stunden wurde dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet! Zwar ist die Diskriminierung von Teilzeitbeschäftigten nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz unzulässig. Jedoch gibt es deutliche Hinweise darauf, dass MinijobberInnen in Betrieben häufig niedrige Löhne erhalten als vergleichbare sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Dies tritt auch in Betrieben mit Tarifbindung auf. So führt unfreiwillige Teilzeitarbeit in Kombination mit Niedriglöhnen zu einer massiven Ausweitung der Beschäftigungsverhältnisse, die eine dauerhafte Existenzsicherung der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer untergraben.

In ganz Deutschland arbeiten vor allem Frauen in Teilzeit. Zweifellos ist die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen positiv. Aber immer mehr Frauen teilen sich ein immer kleineres Stück vom Kuchen: Seit Jahren sinken die durchschnittliche Arbeitszeit und der Verdienst von Frauen, während sich das Gesamtarbeitsvolumen nicht erhöht. Das liegt vor allem daran, dass hierzulande immer noch sozial- und steuerpolitische Anreize für eine traditionelle Arbeitsteilung gesetzt werden. Dabei sieht die gesellschaftliche Realität längst anders aus. Denn die Ernährerehe hat es in Ostdeutschland traditionell nicht gegeben und in Westdeutschland ist sie ein Auslaufmodell: Bereits heute leben $\frac{3}{4}$ der Teilzeitbeschäftigten in Ost- und $\frac{2}{3}$ in Westdeutschland überwiegend von ihrem Einkommen aus Teilzeitarbeit.

Frauen sind schon lange keine Zuverdienerinnen mehr. Denn die politische Ausweitung des Niedriglohnsektors und massive Reallohnverluste der Vergangenheit haben dazu geführt, dass die Bedeutung der Einkommen der Arbeitnehmerinnen für das Haushaltseinkommen in Deutschland zugenommen hat. Und spätestens in der aktuellen Wirtschaftskrise kehren sich die Verhältnisse teilweise um. Bisher gut verdienende Facharbeiter in den Regionen mit hohem Exportanteil gehören zu den am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffenen Beschäftigungsgruppen. Immer mehr Frauen, die überwiegend im Dienstleistungssektor

tätig sind, werden zu Familienernährerinnen. Dafür reicht aber ein Einkommen aus der Teilzeitarbeit in der Regel nicht aus. Hier wächst der politische Handlungsdruck im doppelten Sinne: Zum einen müssen mehr Vollzeitstellen bereitgestellt werden und zum anderen müssen Niedriglöhne mittels Mindestlöhne zurückgedrängt werden. Ansonsten brechen die Haushaltseinkommen massiv ein – mit verheerenden sozialen Verwerfungen, die den sozialen Frieden beeinträchtigen können.

Unfreiwillige Teilzeitarbeit muss zurückgedrängt und Mindestlöhne eingeführt werden, um Armutslöhne und spätere Altersarmut zu vermeiden. Minijobs sind häufig parzellierte Vollzeit Arbeitsplätze und müssen dringend in reguläre Beschäftigung umgewandelt werden. Als Sofortmaßnahme brauchen wir die Wiedereinführung der zeitlichen Obergrenze von 15 Stunden pro Woche bei Minijobs. Es ist zu befürchten, dass die Leiharbeit nach der Krise einen Boom erleben wird. Doch gerade in der Wirtschaftskrise zeigt sich: Niedriglohnstrategien waren schon im Aufschwung kein Erfolgsmodell und werden in der Wirtschaftskrise zur Achillesferse der deutschen Konjunktur. Denn sie entwerten Qualifikationen und dämpfen zudem die Binnenmarktnachfrage! Nicht nur in Ostdeutschland muss künftig nicht auf Billiglohn, sondern auf ein hohes Bildungsniveau und qualitativ hochwertige Arbeit gesetzt werden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen von ihrer Arbeit leben können. Das Thema „Gute Arbeit“ gehört daher ins Zentrum der Wirtschaftsförderung!

5. Der Staat muss beim Prinzip „Gute Arbeit“ voran gehen

Das beginnt bei der Vergabe öffentlicher Aufträge – Stichwort Tariftreue – und muss sich in der Wahrnehmung der öffentlichen Daseinsvorsorge fortsetzen. Dazu müssen die Kommunen finanziell entsprechend ausgestattet werden. Das gilt nicht nur bei der Umsetzung des Konjunkturpaketes II. Wir begrüßen, dass auch finanzschwache Kommunen handlungsfähig gemacht werden sollen. Aber die Wirtschafts- und Finanzkrise wird schon mittelfristig das Thema „Ausweitung öffentlicher Beschäftigung“ auf die Agenda setzen.

Vor diesem Hintergrund ist es befremdlich, dass die Große Koalition am 17.6.2009 ein „Gesetz zur Vereinfachung der Umsetzung von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften“ im Kabinett beschlossen hat. Die Änderung der Bundeshaushaltsordnung mit dem Ziel, Privaten bei gleicher Leistung den Vorrang vor öffentlicher Leistungserbringung zu sichern, soll öffentliche Unternehmen dazu bewegen, ihre Leistungen zukünftig billiger anzubieten – schlechte Vorzeichen für „Gute Arbeit“.

Offensichtlich sind die Zeichen der Zeit immer noch nicht erkannt worden: Das Paradigma des schlanken Staates und der Privatisierung öffentlicher Aufgaben ist Teil des Problems, dass sich gerade zu einer Systemkrise auswächst. Hier sollte schleunigst ein Kurswechsel vorgenommen werden. Die Menschen in Deutschland müssen in diesen Zeiten auf einen handlungsfähigen Staat, der für die Durchsetzung demokratischer Prinzipien sorgt, vertrauen können.

6. Ökologische und soziale Strukturpolitik muss zur Schaffung „Guter Arbeit“ beitragen

Regionalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland ist Teil der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Ihre Aufgabe ist es, wirtschaftlich schwächeren Regionen dabei zu helfen, Standortnachteile abzubauen und Anschluss an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung zu halten. Sie ergibt sich aus der Benachteiligung von Regionen bzw. der Begleitung von regionalem Strukturwandel und dient der Herstellung regionaler Gleichwertigkeit von Lebens- und Wirtschaftsbedingungen sowie der Stärkung der regionalen Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit.

Im Zentrum der strukturpolitischen Förderung des Aufbaus Ost steht der Solidarpakt II. Er läuft bis 2019 und umfasst Mittel in Höhe von 156 Milliarden Euro. Davon stehen für Fördermaßnahmen durch den Bund 51 Milliarden Euro zur Verfügung.

Das zentrale Instrument der Bundesrepublik für die regionale Wirtschaftsförderung ist die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Diese fördert Investitionen – vor allem im Verarbeitenden Gewerbe. Die Mittel fließen überwiegend in die neuen Bundesländer. Die regionale Gleichwertigkeit ist ein wichtiger wohlfahrtsstaatlicher Konsens. Die Förderung der GRW soll demzufolge – so die Bundesregierung – auf hohem Niveau fortgeführt werden.

Betrachtet man jedoch die zurückliegenden Jahre, so ergibt sich ein anderes Bild: Die Mittelausstattung der GRW-Ost ist seit 1998 um rund 1 Mrd. Euro verringert worden, was naturgemäß eine geringere Anzahl neu geschaffener oder gesicherter Arbeitsplätze zur Folge hat.

Mittelausstattung der GRW 1998 bis 2009

Jahr	Ost*	West*	Gesamt*
1998	1.502	104	1606
1999	1317	120	1437
2000	1171	123	1295
2001	1018	145	1164
2002	868	135	1003
2003	809	135	944
2004	750	135	885
2005	604	89	694
2006	592	101	694
2007	552	91	644
2008	552	92	644
2009	535	89	624

*Angaben in Mio. Euro

Quelle: Stellungnahme des Bundesrates „Entwurf eines Investitionszulagengesetzes 2010“
(Drucksache 546/08 Beschluss) und Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi)

In vielen Ländern ist die Grundlage für eine wirkungsvolle nationale Regionalförderung kaum noch gegeben. Die Bundesregierung hat allerdings im Rahmen ihres konjunkturellen Maßnahmenpakets „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärke“ beschlossen, dass die Finanzmittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in 2009 erhöht werden. Zu diesem Zweck stellt der Bund den Ländern im Rahmen eines Sonderprogramms einmalig 200 Mio. € zusätzlich zur Verfügung, davon 100 Mio. € als Barmittel für 2009 und 100 Mio. € als Verpflichtungsermächtigung zu Lasten der Folgejahre (2010 und 2011 jeweils 50 Mio. €). Der DGB begrüßt diese Maßnahme, sie reicht jedoch angesichts der Wirtschaftskrise nicht aus. Der DGB fordert, das Niveau der 90er Jahre wieder anzustreben und die GRW in den nächsten vier Jahren jährlich um 250 Mio. Euro aufzustocken.

Darüber hinaus wurde die Ausrichtung der europäischen Strukturpolitik in den letzten Jahren verändert. Durch die Koppelung an die beschäftigungspolitischen Ziele des Vertrages von Lissabon wurde das Ziel, den wirtschaftlichen Ausgleich zwischen den Regionen zu schaffen, um die Förderung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit erweitert. Die Förderung durch die GRW ist häufig an die europäische Förderung gekoppelt. Die Förderpolitik auf nationaler Ebene vollzog die Abkehr von der gleichmäßigen, nach dem „Gießkannenprinzip“ erfolgenden Förderung hin zu einer Konzentration der Förderung auf Leuchtturmregionen nach. Neues Leitbild wurde die Förderung von Wachstumskernen (Leuchttürmen), die dann in das Land „ausstrahlen“. Förderfähig wurde nun auch die Bildung von Netzwerken aus Unternehmen und Forschungseinrichtungen, Zulieferern und Dienstleistern – die sogenannte Clusterpolitik.

Die Diskussion um neue Strategien der Regionalentwicklung wurde von wissenschaftlicher Seite in ihrer Ausrichtung unterstützt. Gleichzeitig wurde aber auch auf die damit verbundenen negativen Folgen für die peripheren bzw. ländlichen Regionen hingewiesen. „Nach der Wende wurden nach dem so genannten Gießkannenprinzip alle Regionen unabhängig von ihrer Wirtschaftskraft gleichmäßig mit Fördergeldern bedacht. [...] Auch wenn die Gesamtbilanz der Cluster-Politik besser ausfällt, bedeutet sie für einige schon jetzt rückständige Regionen den freien Fall in die Entleerung. Der dritte Weg zwischen Gießkanne und Kernen, der auch den schwachen Regionen Luft zum Atmen lässt, muss erst noch gefunden werden.“⁴

Es gehört zu den zentralen Elementen der Aufbau Ost-Politik, eine an den Potenzialen Ostdeutschlands orientierte Investitions- und Innovationspolitik voran zu treiben. Zahlreiche Untersuchungen zeigen jedoch, dass das Prinzip „Stärken stärken“ in den letzten Jahren überbewertet wurde: Die erhofften Ausstrahlungseffekte auf strukturschwache Regionen und den ländlichen Raum sind ausgeblieben. Der DGB ist der Auffassung, dass eine aktive Strukturpolitik dem Ausgleichsprinzip verpflichtet bleiben muss und das Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nicht relativiert werden darf.

Darüber hinaus weisen Gewerkschafter seit Jahren darauf hin, dass alteingesessene und mittelständische Firmen nicht annähernd so großzügig mit Finanzspritzen bedacht werden, wie die geförderten Vorzeigefirmen. Ökonomen und Wirtschaftsverbände gaben überdies zu bedenken, dass zusätzliche Finanzspritzen EU-Richtlinien verletzen und man so genannte „Mitnahmeeffekte“ geradezu herausfordere: Erfolgreiche Unternehmen würden bei der Förderung noch mehr Geld einstreichen.

⁴ Beetz, Stephan, 2006: Regionale Disparitäten und Steuerung ländlicher Entwicklung. In: Materialien der interdisziplinären Arbeitsgruppe „Zukunftsorientierter Nutzung ländlicher Räume“.

Weiterhin gibt es in Ostdeutschland viel zu wenig Wachstumspole, als dass sie zu Trägern der wirtschaftlichen Entwicklung werden können. Daher führt eine höhere Konzentration der knappen Mittel zu einer weiteren Verschärfung der regionalen Polarisierung.

Es ist für eine zukunftsfähige regional- und strukturpolitische Strategie in Ostdeutschland dringend geboten, dass sich diese Erkenntnisse in einer künftigen Förderpolitik niederschlagen: Konzepte für eine eigenständige Entwicklung strukturschwacher Regionen sind ebenso wichtig wie deren bessere Vernetzung mit strukturstarken Regionen. In strukturschwachen Regionen könnte der Aufbau einer dezentralen – auf regenerativen Ressourcen basierenden – Energieversorgung eine Rolle spielen. Des Weiteren sollten Tourismusförderung und die Förderung des ökologischen Landbaus mit Direktvermarktungsstrategien und innovativen Verkehrskonzepten (z. B. Bahnverbindungen mit Anknüpfung an überregionale, durchgehende und damit familienfreundliche Fahrradwege) verknüpft werden. Auch erfolgreiche regionale Clusterbildung ist in strukturschwachen Regionen möglich – wie das Beispiel Fürstenwalde zeigt.

Die Industriepolitik ist für den DGB ein zentrales wirtschaftspolitisches Handlungsfeld – nicht nur bei der Krisenbekämpfung. Zunächst steht die unmittelbare Beschäftigungssicherung im Vordergrund: Verlängerung der Kurzarbeit, Überbrückungsgeld, Arbeitszeitverkürzung und Weiterbildung. Die Debatte um den Erhalt von Unternehmen, Arbeitsplätzen und Zukunftschancen hat gezeigt, dass die Rede von einer Renaissance der Industriepolitik noch verfrüht ist. Aber der DGB und die Gewerkschaften haben in der öffentlichen Debatte keinen Zweifel an der Verantwortung des Staates bei der Bewältigung der Krise gelassen.

Staatliche Interventionen in Krisenbranchen können nicht mehr allein aus ideologischen („der Markt macht’s“) oder haushalterischen Motiven abgelehnt werden. Notwendig ist eine umfassende Krisenanalyse: Die Umverteilung von unten nach oben, die globalen Ungleichgewichte und die deregulierten Märkte haben Marktversagen und struktureller Verwerfungen zur Folge. Neoliberale „Laissez-faire-Industriepolitik“, die Standortkonkurrenz mittels der „Sachzwänge“ Wettbewerbsfähigkeit und Globalisierung zuspitzt, steht unter Legitimationsdruck.

Eine gezielte Beeinflussung des Strukturwandels durch industrie- und strukturpolitische Interventionen darf jedoch nicht bei der Sicherung der Wirtschaftsstrukturen in der Krise stehen bleiben. Sie muss aus gewerkschaftlicher Sicht auch die Weichen für zukunftsfähige Strukturen stellen: für Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie, für Langfristigkeit statt atemloser Shareholder-Value-Orientierung, für Ressourcen-

und Energieeffizienz, für die Stärkung der Binnenwirtschaft und regionaler Wirtschaftskreisläufe zur Abfederung des globalen Kostenwettbewerbs.

Fundamental ist für den DGB jedoch ein neues Anreizsystem auf den Kapitalmärkten. Es sollte langfristige Realinvestitionen fördern, kurzfristige Spekulationen zu diskriminieren. Zu den wichtigsten Aufgaben gehört ein Nachhaltigkeitscheck der bisherigen Finanzmarktliberalisierung. Wo offensichtliche Fehlanreize gesetzt wurden, gilt es umzusteuern. Zentrales Kriterium ist die Frage, ob die aktuellen Regeln eine ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltige Unternehmenspolitik fördern oder nicht.

Das ostdeutsche Potenzial für die Übernahme einer Vorreiterrolle für eine moderne und ökologische Industriepolitik sollte gestärkt werden. Ein Zukunftsinvestitionsprogramm sollte das Innovationspotenzial in Ostdeutschland fördern. Dazu gehören Zukunftsfelder wie die Gesundheitswirtschaft, der Ausbau dezentraler, erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz, die Verkehrstechnik sowie wertschöpfungsintensive soziale und unternehmerische Dienstleistungen.

Eine zukunftsfähige Struktur- und Industriepolitik darf sich jedoch nicht länger auf einzelwirtschaftliche Prozesse oder Maßnahmen wie die Entwicklung innovativer Unternehmen und die Förderung von regionalen Clustern verengen. Vielmehr bedarf es einer Analyse der gesamtwirtschaftlichen Potenziale sowie der Entwicklung eines Leitbildes wirtschaftlicher Entwicklung nach sozial-ökologischen Kriterien, welches nach Möglichkeit bundesländerübergreifend ist. Dieses Leitbild muss in regionalen Prozessen – unter größerer Beteiligung der Wirtschafts- und Sozialpartner – umgesetzt werden.

Darüber hinaus muss das Thema „Gute Arbeit“ in der Wirtschaftsförderung Berücksichtigung finden. Wer in strukturschwachen Regionen investiert, darf über die Wirtschaftsförderung keinen Freibrief für Lohn- oder Sozialdumping erhalten. Der DGB warnt davor, beispielsweise in der Hightechbranche Solarindustrie auf Niedriglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen zu setzen. Die ökologische Nachhaltigkeit dieser Industrie muss mit der sozialen einhergehen. Standortwerbung mit schlechten Arbeitsbedingungen und Niedriglohn muss unterbleiben.

Die Wirtschafts- und Sozialpartner sollten nach dem Vorbild der europäischen Programme an der Konzeption und Umsetzung der Förderangebote vor Ort stärker beteiligt werden. Weiterhin muss in Zeiten der Krise die Förderung nichtinvestiver Fördervorhaben ausgebaut werden. Korrigiert werden muss die bisherige Fördervoraussetzung des überwiegend überregionalen Ansatzes, da hierdurch viele für die jeweiligen örtlichen Wertschöpfungspotenziale wichtige Unternehmen (auch) des Handwerks von Fördermöglichkeiten ausgeschlossen werden.

7. EU-Strukturpolitik: „Gute Arbeit“ fördern – Transparenz schaffen

Die deutschen und europäischen Gewerkschaften unterstützen den europäischen Integrationsprozess und beteiligen sich an der Schaffung eines Europäischen Raums des Zusammenhalts mit gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die erweiterte EU der 25 braucht eine substantielle Strukturpolitik, um das im Entwurf der EU-Verfassung bestätigte Vertragsziel einer „harmonischen Entwicklung der Gemeinschaft als Ganzes“ zu erreichen. Die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und der Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete sollen nach Artikel 58 EG-Vertrag (EGV) verringert werden.

Weiterhin sollen die Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitskräfte im Binnenmarkt verbessert werden und zur Hebung der Lebenshaltung beitragen (Artikel 146 EGV). Demnach ist die Solidarität zwischen strukturstarken und -schwachen Regionen wesentlich, um in der EU eine Angleichung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf interregionaler Ebene zu erreichen.

Die europäische Union steht vor vielen Herausforderungen. Dazu gehören der verstärkte wirtschaftliche Druck der globalen Konkurrenz, der für 2020 erwartete und in vielen Regionen bereits stattfindende Rückgang der Bevölkerungszahlen, steigende Energiepreise, Klimawandel und soziale Polarisierung.

Wie können Regionen auf den Restrukturierungsdruck dynamischer Wettbewerber im Low- und Medium-Tech-Bereich reagieren? Wie kann der innere Zusammenhalt in Europa (EU-Kohäsionspolitik) unter diesen Bedingungen ein integriertes und flexibleres Konzept für Entwicklung, Wachstum und Arbeitsplätze erarbeiten? Und wie kann diese Politik eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung fördern und gleichzeitig der Unterschiedlichkeit der EU-Regionen Rechnung tragen? Das sind nur einige der Schlüsselfragen, auf die Europa Antworten finden muss.

Bei der Integration der zehn neuen Mitgliedsländer in der laufenden Förderperiode (2007 - 2013) spielen insbesondere die Strukturfonds eine wichtige Rolle. Aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) werden in den nächsten sieben Jahren jährlich über zehn Milliarden Euro investiert, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre beruflichen Qualifikationen und damit ihre Vermittelbarkeit verbessern können.

Deutschland wird in der laufenden Förderperiode 2007 - 2013 EU-Strukturfondsmittel in Höhe von rund 26,3 Mrd. Euro (in laufenden Preisen) erhalten. Regionen, die im Ziel Konvergenz förderfähig sind, erhalten davon rund 16,1 Mrd. Euro. Dies sind die neuen Bundesländer (Mittelvolumen rund 15,3 Mrd. Euro)

und die Region Lüneburg (Mittelvolumen 799 Mio. Euro). Drei der Konvergenzregionen sind Übergangsregionen: Brandenburg-Südwest, Halle, Leipzig und Lüneburg.⁵

Die Strukturfonds der Europäischen Union spielen für den Aufbau Ost eine zentrale Rolle. Diese Mittel geben den ostdeutschen Bundesländern die Möglichkeit, eigenständige strukturelle und beschäftigungspolitische Strategien zu verfolgen. Angesichts der angespannten Haushaltssituation in den ostdeutschen Bundesländern wächst die Bedeutung zunehmend. So bestreiten die ostdeutschen Bundesländer mit den ESF-Mitteln inzwischen weitaus mehr als 50 Prozent ihrer Arbeitsmarktpolitik. Der DGB fordert allerdings eine stärkere Beteiligung der Unternehmen an Qualifizierungsmaßnahmen. Nur so kann der Strukturwandel bewältigt werden.

Gerade weil die Bürgerinnen und Bürger in Europa solidarische Ausgleichsmaßnahmen brauchen, dürfen wir es nicht zulassen, dass Unternehmen mit Hilfe von Subventionen in einer Region Arbeitsplätze abbauen, um sie an anderer Stelle aufzubauen. Solide und durchdachte Vorschläge für ein transparentes und gerechtes System der europäischen Unternehmensförderung sind nötig. Subventionen müssen zu nachhaltigen Entwicklungen in der Region führen und nicht zuletzt muss auch die Qualität der mit Hilfe von Steuergeldern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geschaffenen Arbeitsplätze stimmen.

Hier knüpft auch die Kritik des DGB an der Ausrichtung der europäischen Politik im Rahmen der Lissabon-Strategie an. Gefordert ist statt permanenter Strukturreformen eine Politik aus einem Guss für qualitatives – d. h. ökologisch und sozial nachhaltiges – Wachstum. Es bedeutet nicht nur mehr, sondern auch bessere Arbeitsplätze und sozial gesicherte Lebensqualität. Darüber hinaus kann eine bundesländerübergreifende Strukturpolitik zum Aufbau Ost, wie wir sie beschrieben haben, dazu beitragen, Subventionsnomadentum innerhalb der Bundesrepublik zu verhindern.

Um zu verhindern, dass Regionen gegeneinander ausgespielt werden, hat die EU ein Regelwerk geschaffen. Dieses reicht jedoch nicht aus. Bereits vor einigen Jahren hat deshalb das Europäische Parlament eine Reihe von Vorschlägen verabschiedet, die überwiegend von den Gewerkschaften unterstützt wurden. So forderte das Europäische Parlament Sanktionen für Unternehmen, wenn diese nach Erhalt einer EU-Finanzhilfe innerhalb von sieben Jahren Unternehmensteile verlagern.

Für den Fall, dass Unternehmen trotz staatlicher Beihilfen Standorte innerhalb der EU verlagern, forderte das Parlament sogar, diese für sieben Jahre von der Förderung für neue Standorte auszuschließen. Auch sämtliche Zuschüsse aus Strukturfonds und staatliche Beihilfen sollten für diesen Zeitraum verweigert

⁵ Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi)

werden. Eine weitere Forderung des EU-Parlaments war ein Informationsrecht für alle interessierten Kreise darüber, ob eine Firmenbeihilfe gewährt wurde (Transparenzinitiative) .

Einige Beschlüsse wurden inzwischen umgesetzt. So dürfen für reine Betriebsverlagerungen nach der Verordnung für die EU-Strukturförderung keine Subventionen mehr gezahlt werden. Maßnahmen müssen mindestens fünf Jahre Bestand haben, ansonsten wird die Förderung wieder eingezogen. Und Unternehmen, die aufgrund einer Produktionsverlagerung Fördergelder zurückzahlen müssen, erhalten keine Zuschüsse mehr. Nicht zuletzt auf Drängen der Bundesregierung wurde 2006 eine zusätzliche Regel für Investitionen über 50 Millionen Euro eingeführt: Hier muss Brüssel in jedem Einzelfall negative Folgen für andere EU-Länder prüfen.

Bei der Transparenzinitiative stand Deutschland dagegen lange Zeit auf der Bremse. Mit der Annahme der überarbeiteten Haushaltsordnung im Dezember 2006 hat sich die EU jedoch zu vollständiger Transparenz in Bezug auf die Empfänger von Transferleistungen aus dem EU-Haushalt verpflichtet. Seit 2008 werden die Daten der Empfänger von Strukturfondszuschüssen veröffentlicht. Ab 2009 gilt die Transparenzpflicht auch für Empfänger, die im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik subventioniert werden. Auch wenn es noch deutliche Mängel gibt, der Öffentlichkeit steht damit ein neues Instrument zur Verfügung, Subventionsströme zu verfolgen. Der DGB wird diese Möglichkeiten nutzen, um das Prinzip „Gute Arbeit“ in der Wirtschaftsförderung voran zu treiben und die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu berücksichtigen.

Bislang werden DGB und Gewerkschaften immer noch viel zu wenig in strukturpolitische Entscheidungen einbezogen. Hier besteht ein großer Nachholbedarf. Wirtschaftsförderung führt nicht automatisch zu „Guter Arbeit“. Hierzu bedarf es einer Beschäftigungspolitik, die „Gute Arbeit“ als Ziel aufnimmt. So ist es dem DGB in einigen Bundesländern gelungen, Kriterien „Guter Arbeit“ als Voraussetzung für die Vergabe von Strukturfondsmitteln in den Begleitausschüssen zu vereinbaren. Dies gilt beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt für die Nichtförderung von Leiharbeit und in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen für Mindestentgelte.⁶ Dieser Weg muss weiter verfolgt werden.

⁶ Vgl. Astrid Ziegler (2009): Strukturpolitik in der Krise - Mehr als Standortwettbewerb und Innovationsförderung; in WSI-Mitteilungen, H.5, 260-267

DGB Neuerscheinungen

DGB70007 Broschüre: Wahlleitfaden Vereinfachtes
Wahlverfahren

DGB70008 Broschüre: Wahlleitfaden Normales Wahlverfahren

DGB70006 Broschüre: Betriebsverfassung im 21. Jahrhundert –
Rechtspolitische Empfehlungen zur
Mitbestimmung im Betrieb

DGB25040 Broschüre: Gesundheit...! Ein Fond – zwei Klassen?
Für eine solidarische Bürgerversicherung

DGB301006 Broschüre: Vereinbarkeit von Familie und Beruf
für Personalräte

DGB31098 Broschüre: Arbeitnehmerdatenschutz 2009

DGB41495 Broschüre: Ausbildungsreport 2009

DGB40342 Broschüre: Elterngeld und Elternzeit – Nutzen Sie
die Chance für eine partnerschaftliche
Teilung!

DGB41494 Broschüre: Ratgeber Ausgelernt – und nun?
Studieren!

DGB23012 Broschüre: Forderungen an die künftige
Regierungspolitik zu Migration,
Integration und Antirassismus

Bestellung von Broschüren und Materialien des DGB
bitte über das DGB-Online-Bestellsystem:
Link: <https://www.dgb-bestellservice.de>

Schriftliche Bestellungen NUR für
Bestellerinnen/Besteller ohne Zugang zum Internet:
PrintNetwork pn GmbH · Stralauer Platz 33 - 34 · 10243 Berlin